

31. Januar 2013

Position von industriAll European Trade Union zum Diskussionspapier der EU-Kommission:

Dreigliedriger Meinungs austausch zur Lohnentwicklung

Die EU-Kommission hat jüngst ein Diskussionspapier für die Sitzung des EMCO (Employment Committee of the European Union – Europäischer Beschäftigungsausschuss) veröffentlicht. Dieses Diskussionspapier legt dar, wie die Lohnentwicklungen in Europa durch ein dreigliedriges Gremium verfolgt, aber auch beeinflusst werden können.

IndustriAll European Trade Union lehnt nicht das Zusammentragen von Informationen über Löhne auf europäischer Ebene als solches ab. Wir begrüßen zudem die Tatsache, dass die Kommission „die grundlegende Rolle der Sozialpartner, unter Berücksichtigung der Vielfalt der nationalen Systeme“ anerkennt.

Wir sind dennoch sehr besorgt über dieses Diskussionspapier, denn es enthält eine Reihe von Punkten, die für Gewerkschaften eindeutig und absolut nicht annehmbar sind. Und es bleibt die Frage: welchem Zweck dient das Ganze?

1. Es scheint die Gesamtintention der Kommission zu sein, in die nationale Lohnpolitik und Lohnfindung einzugreifen. Diese Intention wird durch folgendes Zitat aus dem Diskussionspapier bestätigt: *“To monitor the effect of wage-setting systems, in particular indexation mechanisms, and if necessary to amend them, respecting national consultation practices, in order to better reflect productivity developments and support job creation. It is important that minimum wage levels strike the right balance between employment creation and adequate income.”* (offizieller englischer Text; Übersetzungsvorschlag: „die Auswirkungen der Systeme zur Festsetzung der Löhne beobachten, insbesondere die Indexierungsmechanismen, und diese falls erforderlich abändern, unter Wahrung der nationalen Konsultationspraktiken, um Produktivitätsentwicklungen besser zu reflektieren und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen. Es ist wichtig, dass das Mindestlohniveau das richtige Gleichgewicht zwischen Schaffung von Arbeitsplätzen und adäquatem Einkommen wahr.“)

Wir stimmen dieser Gesamtintention der Kommission NICHT zu. Für uns ist die einzig gültige Position:

Die Sozialpartner – Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände – müssen die Lohnsteigerungen autonom ohne das Eingreifen einer staatlichen Institution – egal welcher staatlichen Institution – auf welcher Ebene auch immer aushandeln.

Press 2/2013

2. Es gibt aber noch andere in dem Diskussionspapier aufgegriffene Punkte, die für uns unakzeptabel sind: zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit setzt die Kommission auf eine Reihe von Forderungen: „Modernisierung der Systeme zur Festlegung der Löhne“, „Stärkung der Flexibilität bei der Lohnfindung, wie Erleichterung der Bedingungen für Unternehmen, auf höherer Ebene geschlossene Tarifverträge aufzukündigen und die Prüfung sektoraler Lohnvereinbarungen“.

Dies sind allesamt Instrumente, die die Rolle der Gewerkschaften in Tarifverhandlungen untergraben und gleichzeitig zur Senkung der Löhne führen würden!

Bislang hat die EU-Kommission die Dezentralisierung der Tarifverhandlungen befürwortet und sogar gefördert. Die aktuellen Sparmaßnahmen haben jedoch auch zu direkten Interventionen in Löhne und Lohngestaltung geführt. Beispiele dafür sehen wir in vielen südeuropäischen Staaten: Einfrieren der Löhne und Lohnkürzungen, insbesondere im öffentlichen Sektor und direkte Interventionen in Bezug auf Mindestlöhne (Griechenland), etc. Als Konsequenz sind die Reallöhne in Griechenland, Italien, Portugal und Spanien gesunken und haben sich deflationäre Tendenzen und die Rezession verstärkt.

Für uns ist klar, dass dies ein Ende haben muss – fortgesetzte Bemühungen in diese Richtung sind absolute unakzeptabel.

Der „dreigliedrige Austausch“ muss daher im Zusammenhang mit der Economic Governance der Kommission gesehen werden. Im Rahmen dieser neuen Koordinierung spricht die Kommission Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik der EU-Mitgliedstaaten in einem jährlichen Zyklus, dem europäischen Semester, aus. Diese Empfehlungen beziehen sich auch auf die Lohnpolitik.

In nahezu allen jüngst veröffentlichten Dokumenten zu wirtschaftlichen Fragen (z. Bsp. „Arbeitsmarktentwicklungen in Europa 2012“, „Einen arbeitsplatzintensiven Aufschwung gestalten“ oder dem Jahreswachstumsbericht 2013) unterstreicht und fordert die Kommission Lohninterventionsmechanismen und – insbesondere im ECOFIN-Dokument „Arbeitsmarktentwicklungen in Europa 2012 – die Einschränkung der Lohnsetzungsbefugnisse der Gewerkschaften.

IndustriAll Europe möchte deshalb die folgenden Prinzipien unterstreichen:

- Es ist das Vorrecht der nationalen Sozialpartner zu entscheiden, auf welcher Ebene Tarifverhandlungen stattfinden.
- Die Sozialpartner – Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände – müssen die Lohnsteigerungen autonom ohne das Eingreifen einer staatlichen Institution – egal welcher staatlichen Institution – auf welcher Ebene auch immer aushandeln.

- Die Einrichtung eines zusätzlichen dreigliedrigen Forums für den Meinungsaustausch über Lohnentwicklungen ist nicht erforderlich. Es besteht bereits ein geeignetes Forum, das mit einigen Anpassungen die Lohnpolitik in Europa diskutieren kann: der makroökonomische Sozialdialog unter Beteiligung der Europäischen Zentralbank.
 - Tarifverhandlungen über Kernthemen, wie Löhne und Arbeitszeit, finden heute zwischen den Sozialpartnern, Gewerkschaften und Arbeitsgeberverbänden und/oder Arbeitgebern, auf nationaler Ebene statt. Unserer Ansicht nach handelt es sich nicht um eine europäische Frage.
 - Nationale Gewerkschaften können ihre Tarifpolitik auf europäischer Ebene koordinieren und tun dies bereits, aber dies ist ihre Entscheidung und nicht das Gleiche wie eine Lohngestaltungspolitik auf europäischer Ebene, beeinflusst von der Kommission.
 - Wir, als industriAll European Trade Union, haben kein Mandat, um Lohngestaltung mit der Kommission auf europäischer Ebene zu diskutieren. Ebenso werden wir dem EGB kein Mandat erteilen, dies in unserem Namen zu tun.
-

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte:

Linda Rackham - Press Officer: ++ 32 2 227 1018 - linda.rackham@industrial-europe.eu